

Der Proletarier.

Organ des Verbandes der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Nr. 4.

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 Mk. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6432. Geschäftsadresse pro halbjährliche Beile oder deren Raum 25, für halbjährliche 10 Pf. Off. Annahme 10 Pf.

Hannover,
Sonnabend, den 25. Januar 1908.

Verlag: A. Lohberg, Hannover, Münzstr. 5.
Verantwortlicher Redakteur:
H. Schneider, Hannover, Münzstraße 5, III.
Fernsprech-Anschluß 3002.
Druck von C. A. D. Meißner & Co., Hannover.

17. Jahrg.

Streits oder Aussperrungen.

bestehen in Sonneberg, Halle, Vönerburg und Dresden.

An Streits oder Aussperrungen beteiligt sind in Weissen, Deuben und Nürnberg.

Zugang nach den angeführten Orten ist streng fernzuhalten.

Ausschreibung.

Da der bisherige Gauleiter für den Gau 11 zum 1. April 1908 seine Stellung gelündigt hat, wird das Amt eines

Gaunvorsitzenden für Sachsen

zur Bewerbung für die Verbandsmitglieder ausgeschrieben.

Bewerber sollen möglichst der deutschen und der polnischen Sprache mächtig sein und haben eine Schilderung ihres Lebenslaufes sowie ihrer bisherigen Tätigkeit schriftlich einzureichen. Dabei sind Angaben über Tag und Jahr der Geburt und Eintritt in den Verband zu machen. Außerdem ist eine selbständige schriftliche Arbeit über folgende Fragen einzuwenden:

1. Wie ist die Agitation unter unsern Kollegen am erfolgreichsten zu betreiben?
2. Wie hat sich der Gaunvorsitzende bei bevorstehenden und ausstehenden Arbeitseinstellungen und Aussperrungen zu verhalten?
3. Wie ist die innere Leitung und zweckmäßige Verwaltung einer Zahlstelle zu gestalten?
4. Wie nimmt man die Revision einer Zahlstelle vor?

Die Bewerber müssen Kenntnis der sozialpolitischen Gesetze haben und zur Abhaltung von Vorträgen befähigt sein.

Das Anfangsgehalt ist 1800 Mk., jährlich steigend um 100 Mk. bis zum Höchstbetrage von 2400 Mk.

Antrittstermin 1. April 1908.
Bewerbungen sind bis zum 15. Februar beim Unterzeichneten einzureichen.

Hannover, 20. Januar 1908.

F. A. August Brey,
Münzstraße 5, 3. Etage links.

Preussische Regierungskunst.

Am 10. Januar kam im preussischen Landtag der freisinnige Antrag auf Einführung des Reichstagswahlrechts für den preussischen Landtag und Neuerteilung der Wahlkreise zur Verhandlung. Der Abg. Träger, einer der wenigen Freisinnigen, die noch einen Rest bürgerlicher Freiheitsideale besitzen, begründete den Antrag. Er fand einige treffende Worte zur Kennzeichnung des Dreiklassenwahlrechts und bezeichnete die Einführung des Reichstagswahlrechts als eine „Forderung der Gerechtigkeit“. Dann kam des Deutschen Reiches schon geschiedener Kanzler, Ministerpräsident v. Bälou, und verlas eine Regierungserklärung, die es verdient, als ein Muster preussischer Regierungskunst auch hier festgesetzt zu werden:

Die königl. Staatsregierung hat sich schon bisher bemüht, Vorschriften des preussischen Wahlrechts zu verbessern, bei denen ein Bedürfnis hierzu besonders dringend hervortrat. Die königl. Staatsregierung erkennt an, daß das geltende Wahlsystem auch jetzt noch Mängel aufweist, und hat seit längerer Zeit in eingehenden Arbeiten erwogen, wie auch diesen Mängeln abgeholfen werden kann. Ob dies im Rahmen des bestehenden Wahlrechts oder nur durch seine grundsätzliche Aenderung möglich sein wird, läßt sich noch nicht übersehen. Wie indes schon jetzt erklärt werden muß, steht es für die königl. Staatsregierung nach wie vor fest, daß die Uebersetzung des Reichstagswahlrechts auf Preußen dem Staatswohl nicht entsprechen würde und deshalb abzulehnen ist. Auch kann die königliche Staatsregierung die Ersetzung der öffentlichen Stimmabgabe durch die geheime nicht in Aussicht stellen. Jede gesunde Reform des preussischen Wahlrechts wird den Einfluß der breiten Schichten des Mittelstandes auf das Wahlergebnis aufrecht erhalten und sichern müssen, und deshalb auf eine gerechte Abstufung des Gewichts der Wahlstimmen Bedacht nehmen müssen. Deshalb wird zu prüfen sein, ob dieses Ziel erreicht werden kann lediglich unter Zugrundelegung von Steuerleistungen oder ob und inwieweit das Stimmrecht auch nach anderen Merkmalen, nach Alter, Besitz, Bildung und dergleichen zweckmäßig abgestuft werden muß. Sobald die kgl. Staatsregierung für ihre Entschlüsse feste Unterlagen gewonnen haben wird, was indessen für die laufende Tagung nicht mehr in Aussicht gestellt werden kann, wird sie mit einer entsprechenden Vorlage an den Landtag herantreten.

Demnach weiß die preussische Regierung nur, was sie nicht will, ist sich hingegen durchaus nicht darüber klar, was sie will. Nur das eine weiß sie: eine gründliche Reform ist ausgeschlossen, ein freies Wahlrecht findet ihre Zustimmung nicht. Daß die Regierung nach 60 jährigem Bestehen dieses Wahlrechts noch nicht genug erwogen

hat, noch nicht „übersehen“ kann, wo geändert werden muß, ist ein Armutszeugnis für den Scharfsinn der preussischen Regierungswelten, wie es schärfer nicht ausgesprochen werden kann. Eines hat die Antwort der Regierung auf den Wahlrechtsantrag bewiesen: sie fählt sich nur als Nachwächter der Besitzenden und kennt keine Rücksichtnahme auf die besitzlosen Volksschichten. Viel hat von dieser Regierung niemand erwartet, aber so rückständig und einseitig, wie sie durch die verlesene Erklärung gezeichnet wird, ist sie doch nur von wenigen gehalten worden.

Aber nicht nur die Stellung der Regierung, sondern auch vor allem das Verhalten der Parteien verdient unsere Beachtung.

Am jämmerlichsten benahm sich der Freisinn. Fitzhieb und Pachnide finden es erfreulich, daß die Regierung „einsteht, daß das Dreiklassenwahlrecht Mängel hat“. Von einem Aufbäumen gegen die Mißhandlung des freisinnigen Antrags durch die Regierung war nirgends die Rede. Wie Hunde, die vor dem drohenden Stock furchsam in ihre Hälte kriechen oder ihrem Herrn schweißbedend die Stiefel lecken, benehmen sich die Vertreter einer Partei, die mit tönenden Phrasen dem Volke glauben machen will, es sei ihr ernst mit der Bekämpfung der preussischen Dreiklassenwahlrecht. Aber die Arbeiter, die den Hirsch-Dunderschen Harmonieaposteln folgen und in den „liberalen“ Parteien ihre Interessenvertretung sehen, werden sich vielleicht durch die Komödie täuschen lassen und weiter eine Partei unterstützen, die sich nur dadurch von den offenen Freunden des Geldsackwahlrechts unterscheidet, daß sie weniger politische Ehrlichkeit besitzt.

Ähnlich liegt das Verhältnis mit dem Zentrum. Die Zentrumsparthei wäre mit dem bestehenden Wahlrecht durchaus zufrieden, und die Agrarier, die als Zentrumsvertreter im Landtage sitzen, fühlen sich unter dem Schirme des Dreiklassengesetzes genau so geborgen, wie ihre konservativen Klassengenossen. Wenn nur die Zentrums wähler nicht wären! Diese Wählermassen bestehen nämlich zum weitaus größten Teil aus Arbeitern. Ein Teil dieser Arbeiter — namentlich der in den christlichen Gewerkschaften vereinigte — schwärmt aber für politische Gleichberechtigung und fordert Aenderung des preussischen Wahlrechts. So sitzt die Zentrumsparthei in der Zwischmühle und hilft sich, indem sie die Arbeiter mit radikalen Reden und Forderungen — außerhalb des Parlaments abspießt und unter dem Schutze dieses Pseudoradikalismus die politische Reaktion begünstigt.

Vielleicht hat die Haltung dieser Parteien den Erfolg, daß den Arbeitern in ihrer Gefolgschaft die Erkenntnis aufdämmert, daß sie an der Nase herumgeführt werden. Von einzelnen Orten Deutschlands, namentlich aus dem Süden, kommen zwar vereinzelte Stimmen, die Bälou die Freundschaft kündigen und den konservativ-liberalen Block als etwas Gemeines betrachten, es kann aber kaum einem Zweifel unterliegen, daß dieser Sturm im Wasserglase sich ausstoben und der Freisinn den Konservativen weiterhin Handlangerdienste leisten wird.

Wollen die Arbeiter wirklich energisch für ein freies Wahlrecht eintreten, so können sie das nicht im Rahmen und im Gefolge des bürgerlichen Liberalismus und noch weniger des Zentrums, sondern nur durch Eintreten für die Sozialdemokratie. Diese Erkenntnis ist bitter für die so lange gegängelten Arbeiter und sie wird sich trotz des 10. Januars noch nicht überall durchsetzen, aber endlich muß und wird sie kommen.

Die Regierung glaubt, durch ihre programmatische Erklärung den Wahlkampf zu beenden, sie wird bald erfahren, daß der Kampf jetzt erst beginnt. Er wird aber nicht geführt, noch gewonnen mit Zentrumsranten oder „liberalen“ Schaumschlägereien: das freie Wahlrecht wird für, aber auch durch das Proletariat erkämpft werden.

Aus dem Reichstage.

Seit zwei Wochen qualmt die Esse der Reichsgesetzschmiede wieder. Großzügige, dem modernen Geiste der Zeit Rechnung tragende Arbeit hat sie indes nicht zuwege gebracht, dazu sind auch die gesetzgeberischen Pläne der Regierung und Blockgewaltigen nicht angelegt. Am 8. Januar, dem Tage der Beendigung der Ferien, galt es, dem „Mittelstand“ mittels eines Zentrumsantrags auf die Beine zu helfen. Der Antrag, den wir in einem unserer ersten Briefe im Wortlaut wiedergegeben, kam zur Annahme. Er fordert die Regierung zur Vorlegung von Gesegentwürfen auf, welche die Erhaltung und Förderung des Handwerker- und Mittelstandes ermöglichen.

Wir werden ja sehen, wie die Regierung es fertig bringen wird, Gesegentvorlagen zu bringen, welche rückständige Betriebsmethoden, wie es die Kleinbetriebe sind, befähigen sollen, den Konkurrenzkampf mit den überlegenen Großbetrieben aufzunehmen.

Am gleichen Tage wurde ein Antrag der konservativen Partei behandelt, welcher bezweckt, „die verbündeten Regie-

rungen zu erfuchen, die Vorarbeiten zu einem Gesegentwurf, betreffend die Pensions- und Zinsenversicherung der Privatbeamten, so zu fördern, daß derselbe bei Beginn der nächsten Reichstagsession zur Vorlage gelangen kann.“

Diese Forderung bezieht sich auf jene Schichten, deren Zugehörige bei der letzten Wahl dem Block und der Regierung so willfährig Wahlhilfe geleistet haben. Viele dieser freiwilligen Regierungsagenten werden Bälous Worte: „Nun erst recht Sozialreform!“ als auf ihre Schicht geprägt aufgefaßt haben. Bei Beratung des Antrags war die Regierung nicht einmal vertreten. Das scheint nicht dafür zu zeugen, daß sie besonders darauf brennt, ihr Wort einzulösen. In Rücksicht auf ihre eigenen, die Pensions- und Zinsenversicherung der Privatbeamten betreffenden Pläne tappt die Öffentlichkeit und tappen die mit der Versicherung Bedachten noch vollständig im Dunkeln. Die Zahl der Privatbeamten ist sich auch selbst nicht einig und klar, welche organisatorische Grundlage der Versicherung gegeben werden soll. Während eine große Zahl der in Betracht kommenden Vereine einen Anschluß an die Arbeiterversicherung will, fordern andre eine besonders aufgebaute Versicherungsorganisation. Letztere verkennen vollkommen, daß die jegige Arbeiterversicherung unter der Zerrissenheit sehr zu leiden, daher die Vereinheitlichung anzustreben ist. Unter dem Gesichtspunkt der Vereinheitlichung beurteilen wir auch den organisatorischen Aufbau dieses geforderten Gesetzes. Die Sozialdemokratie ist von jeher dafür eingetreten, die Versicherung auf besser bezahlte Arbeiter durch besondere erhöhte Stufen der Invalidenversicherung auszudehnen. Mit diesem Streben kommt sie den Forderungen der Privatbeamten durchaus entgegen.

Ein die erste Lesung passierender Gesegentwurf soll die Frage des Unterstützungswohnhauses einer Regelung unterziehen. Das Unterstützungswesen zeigt infolge unzureichender Gliederung viele Mängel auf. Bei größeren, finanziell leistungsfähigen Gemeinden mag die Armenpflege, soweit davon überhaupt die Rede sein kann, den Aufgaben nahe kommen. Anders liegt die Sache bei kleinen Gemeinden. Diesen ist zwar die Möglichkeit gegeben, durch Bildung größerer Zweckverbände sich finanziell leistungsfähiger zu gestalten, sie machen aber davon nicht genügenden Gebrauch. Die kleinen Gemeinden suchen der finanziellen Belastung dadurch zu entgehen, daß sie sich der Unterstützungspflicht entziehen oder sie in einer kulturwidrigen Weise üben.

Die Härten empfinden dann jene Unglücklichen, die als Opfer unserer heutigen gesellschaftlichen Einrichtungen Unterstützung durch die Gemeinde in Anspruch nehmen müssen. Der Kern des Übels wird von dem Entwurf aber nicht erfaßt. Man scheidet! Die Altersgrenze, von der ab jemand den Unterstützungswohnplatz in dem Heimatsorte verlieren kann, ist von 18 auf 16 Jahre herabgesetzt. Die Erwerbung des Unterstützungswohnplatzes in der Anzugsgemeinde ist von 2 auf 1 Jahr bemessen. Der Entwurf wurde an eine Kommission von 21 Mitgliedern verwiesen.

Von der „Fürsorge“ für arme Menschen wandte sich das „hohe“ Haus dem Schutze „der gefährdeten Welt“ zu. Am 19. März 1902 ist in Paris eine internationale Ueber-einkunft zum Schutze der „Segler der Lüfte“, soweit sie der Landwirtschaft nützen, getroffen worden. Dieser Uebereinkunft soll nun die deutsche Gesetzgebung angepaßt werden. Vielleicht geht man über die Vereinbarungen hinaus, lassen sie doch, vielleicht aus zarter Rücksicht auf die Gaumen zahlungsunfähiger Lederräuler, den barbarischen Fang von Aramtsvögeln in der Rohhaarfinglinge während des letzten Viertels im Jahre zu. Da in Deutschland nur Preußen und Oldenburg diesen Fang zulassen, die Redner im Reichstage, zwei ausgenommen, sich aber gegen diese Tierquälerei erklärt haben, so steht zu hoffen, daß die Kommission den Vogelzug radikaler gestalten wird. Das soll uns freuen! Nicht nur der Vogel, sondern des erzieherischen Beispiels auf verschiedene Geleggeber zu dem internationalen Arbeiterschutz wegen.

Eine neue Maß- und Gewichtsordnung war darauf der Gegenstand gesetzgeberischer Arbeit. Die Tendenz dieser Vorlage geht darauf hinaus, mit der Kontrolle der Maße und Gewichte besondere Eichbeamte, nicht mehr die Polizei zu betrauen. Unsererseits wurde gefordert, daß die Kontrolle sich auch auf Maße und Gewichte der Verkäufer landwirtschaftlicher Produkte erstrecken sollte, und daß eine Nachweisung der Förderwagen im Bergbau zu erfolgen habe. Beide Forderungen liegen im Interesse der Arbeiter, diese erachtete das Haus aber für so gering, daß man die von der sozialdemokratischen Fraktion beantragte Kommissionsberatung ablehnte.

Vorteil der Herren von „Ar und Galn“ war auch bei der Materie entscheidend, welche die Haftpflicht des Tierhalters für Schäden, die des letztern Tiere Dritten gegenüber verursachen, einschränkt. Nach § 833 des Bürgerlichen Gesetzbuches haftet heute der Tierhalter für alle Schäden, die jene Tiere anrichten, nach der geplanten Aenderung soll die Haftpflicht bejeitigt sein, wenn der Tierhalter nachweist, daß

er bei Auswahl und Ueberwachung des Haustiers die nötige Sorgfalt hat walten lassen. Der Rauteil, den Passanten der Landstraße, Dorfstraße und in Städten von Verletzungen durch Tiere erleiden können, er wiegt der Mehrheit des Parlaments nichts. Die Mehrzahl der Verletzten werden arme Teufel sein, mögen sie sehen, wie sie sich mit den Folgen körperlichen Schadens abfinden.

Als Ironie des Schicksals könnte man es bezeichnen, daß die Demonstranten der Wahnacht: die Handlungsgehilfen, die ersten sind, welche die Sozialreform, die in „Preußen-Deutschland“ im Schwange, am eigenen Leibe verspüren sollten. Die Regierung plant eine Aenderung des § 63 des Handelsgesetzbuchs. Nach letzterem hat heute in der Regel ein erkrankter Handlungsgehilfe Anspruch auf Fortzahlung des Gehalts für 6 Wochen und auf volles Krankengeld. Die geplante Aenderung will den Kaufherren das Recht geben, das Krankengeld vom Gehalt abzuziehen. Die Wohlthat der Krankenkassenleistung soll also dem wirtschaftlich Stärkeren zugute kommen. Mit dem Bestreben, den kaufmännischen Mittelstand auf Kosten des Personals zu stärken, hatte die Regierung aber kein Glück. Die Willkür ihres Begehrens wäre ja auch eine zu tolle Satire auf ihr angeblihes Streben auf „Schutz der Schwachen“ gewesen.

-7-

Die Kampforganisationen der Unternehmer.

III.

Die Tätigkeit der Arbeitgeberverbände teilt Kessler ein in 1. Maßnahmen zur Verhütung von Arbeiterbewegungen und Streiks, 2. Maßnahmen zur Bekämpfung und Unschädlichmachung der Streiks, und 3. paritätische Vereinbarungen mit der Arbeiterschaft. Bei den Maßnahmen zur Verhütung der Streiks unterscheidet er zwischen „persönlichen Maßregelungen“ und „sachlichen Maßregeln“. Zu ersteren gehören: Entlassungen wegen Zugehörigkeit zur Organisation, organisationsfeindliche Reversse, schwarze Listen, Arbeitsnachweise der Unternehmer und Entlassungsscheine mit besonderem Kennzeichen. Ueber den Erfolg der Maßregelungen schreibt er:

„Durch Entfernung der „Geier“ hofft man die bisherigen friedlichen Arbeitsverhältnisse aufrecht erhalten zu können, zumal die Bewegung gewöhnlich „von außen in die Arbeiterschaft hineingetragen“ zu sein scheint und „die ortsansässige Arbeiterschaft mit ihrem Lohn und den vorhandenen Wohlfahrts-einrichtungen durchaus zufrieden ist. (Zwei Wendungen, die mündlich und schriftlich immer wiederkehren). Diese Hoffnung wird auf die Dauer stets getäuscht. Eine einmal erwachte Arbeiterschaft kehrt in die alte Ruhe nie wieder zurück, am wenigsten aber, wenn man ihren Führern den Brottorb höher zu hängen sucht; dem darauf läuft die Achtung durch schwarze Listen ja hinaus.“

Die Maßregelungen selbst bezeichnet Dr. Kessler als gemeingefährlich, er weist ferner auf die Ungültigkeit solcher Reversse hin, in denen Arbeiter erklären, keiner Gewerkschaft anzugehören, und bemerkt dann sehr richtig: „Eine starke Gewerkschaft ist der einzige Schutz für die gefährdete Koalitionsfreiheit“, ein Satz, dessen Wahrheit vielen Arbeitern leider noch immer nicht einleuchten will.

Unter die sachlichen Vorbeugungsmaßnahmen werden gezählt: Wohlfahrts-einrichtungen, einheitliche Arbeitsordnungen und Anordnungen über Arbeitszeit und Lohnhöhe, und — die Beschönigung der Selbstständigkeit des einzelnen Unternehmers in seinem Betriebe. Scharf und treffend zieht der Verfasser gegen den „Herr-im-Hause“-Standpunkt vom Leber: „Die alte Maxime, daß der deutsche Unternehmer „Herr im eigenen Hause“ sein wolle und sein müsse, ist angeht die geschilderten Verhältnisse völlig unhaltbar geworden. Es geht bei den Arbeitgeberverbänden wie bei den Kartellen: die Verbandsversammlung kommandiert und der einzelne Unternehmer hat bei schwerer Strafe zu gehorchen. Er fährt nicht übel dabei, aber „Herr im Hause“ ist er gewesen.“ Und an anderer Stelle: „Der willkürliche Absolutismus hat aufgehört und ein aufgeklärter Despotismus ist an seine Stelle getreten. Aber auf den aufgeklärten Despotismus folgt mit eiserner Notwendigkeit, wenn auch oft erst nach heftigen Kämpfen, der Konstitutionalismus, das ist die Tarifgemeinschaft.“ Sehr richtig, und auf den Konstitutionalismus folgt mit derselben eisernen Notwendigkeit die Demokratie — eine Konsequenz, die Herr Dr. Kessler allerdings nicht gezogen hat.

Maßnahmen zur Bekämpfung der Streiks werden gar viele aufgezählt: Verbot der Beschäftigung Streikender, Verschaffung von Streikbrechern, Streik Klausel, Aussperrung, Materialienperre, Streikverhinderung usw. usw. Die Aufzählung zeigt, wie vielseitig die Aufgaben der Arbeitgeberverbände sind. Treffend wird geschildert, wie der Unternehmer von seiner Organisation beiseite geschoben wird, wie aus dem „Herr im Hause“ ein vorgeschobener Strohmann wird, der nicht einmal mehr das Recht hat, mit den Arbeitern zu verhandeln, geschweige denn, etwas zu bewilligen. Auch die Bewertung, Bezahlung und liebevolle Behandlung der Streikbrecher durch die Unternehmer und die sorgfältigen Schutzmaßnahmen seitens der Polizei werden an einigen Beispielen drastisch beleuchtet. Dargetan wird auch, daß die Streikbrecher in der Regel unbrauchbar oder doch minderwertige Arbeitskräfte sind.

Die Aussperrungen hält Dr. Kessler nicht nur gefehlt, sondern auch moralisch für berechtigt; da wir seinen Standpunkt eingangs gewürdigt haben, verzichten wir hier auf eine Kritik dieser Auffassung. An Hand einer Anzahl Sätze führt er die außerordentliche Verschiedenheit bei der Beschlußfassung über eine Aussperrung vor. Während einzelne Verbände $\frac{1}{5}$ Mehrheit, bei der Abstimmung fordern, genügt bei andern die einfache Mehrheit, um einen so folgenschweren Beschluß zu fassen. Der Verband von Arbeitgebern der chemischen Industrie in Mannheim kann nach § 15 seiner Satzungen überhaupt keine Aussperrung beschließen.

Bei der Streikversicherung der Unternehmer interessieren besonders die verkaufsten Bestimmungen über die Unterstützungszahlung. In diese Bestimmungen läßt sich nämlich mit einigem guten Willen alles hinein-, aber auch alles herauslesen. Eine Zusammenstellung der tarifrechtlichen und tarifrechtlichen Arbeitgeberverbände und der schon erwähnten Materialienanhang beschließen das Buch.

Um es kurz zu wiederholen: der Wert des Buchs beruht auf der klaren Zusammenstellung und logischen Verbindung reichhaltigen und vielseitigen Materials. Auch die rein kritischen Äußerungen sind zum Teil beachtenswert, wiewohl hierbei der Mangel jeder praktischen Erfahrung

sich zuweilen recht fühlbar macht. Die auf falschen Voraussetzungen beruhenden und deshalb natürlich falschen Schlussfolgerungen sind der im letzten Kampf des Tages stehende Gewerkschaftler sehr leicht als Spinnweben abzuwehen. Alles in allem: ein wertvolles Buch, dem einzelne Kapitel anhaften, wovon der teure Preis einer der größten ist.

Aus der chemischen Industrie.

Der Plan eines deutschen Petroleummonopols.

Die Kapitalisten, welche an der deutschen Petroleumgewinnung beteiligt sind, haben die Idee in der deutschen Volkswirtschaft die meisten besorgenden großen Sorgen bereitet, dazu benutzt, um die Stimmung in Berlin für einen Plan zu machen, bei dessen Ausführung sie außerordentlich geringe Profite zu ziehen hoffen. Während die sonst immer Kapitalisten gegen eine Verstaatlichung ihrer Betriebe sträuben, weil sie die Möglichkeit nicht hergeben möchten, aus denen sie soviel süßen Rahm ohne schwere Arbeit gewinnen, scheint hier der umgekehrte Fall vorzuliegen. Wir werden bald sehen, weshalb. Im Reichstagsamt sollen bereits Beratungen mit Sachverständigen über das deutsche Reichspetroleummonopol stattgefunden haben. Das Ziel ist, die herkömmliche angelegte 60 Millionen Mark Ueberführung zu bringen, durch die eine Verstaatlichung des Petroleums stattgefunden brauche.“

In letztem Satz liegt bereits das Bogenbündel, daß es sich um keine Wohlthat für die Verbraucher handeln würde. Viele sollen ablehnen, die durch die jetzige Wirtschaft der Privatmonopole geschraubten Preise weiter zahlen und von einer Herabminderung soll keine Rede sein. Aber es soll wieder einmal „nationale“ Wirtschaftspolitik getrieben werden. Nationalität und „national“! So ist es bei uns immer. Das deutsche Reichspetroleummonopol für Petroleum soll gegen die bekannte Riesenaußenseitengewerkschaft amerikanischer Kapitalisten unter Rockefeller richten und dadurch seinen schwächsten Reiz bekommen. Die Rockefellerische Standard Oil Company hat sich, wie bekannt, in Deutschland ein sozusagen uneingeschränktes Monopol geschaffen, und alle Bemühungen, den herrschenden Einfluß des Trusts durch private Gewerkschaften zu brechen, sind bisher vergeblich gewesen. 85 Prozent des deutschen Petroleumbedarfs kommen aus Amerika; vermittelt wird dieser Einfluß durch die deutsch-amerikanische Petroleumgesellschaft, eine Tochtergesellschaft der Standard Oil Company, die alle großen Petroleumhäuser in den deutschen Seehäfen aufgelaufen, den ganzen Handelsapparat dieser Firmen übernommen und mit Aufwendung großer Mittel eine, aber ganz Deutschland verbreitete Organisation geschaffen und sehr geschickt ausgebildet hat. Mit Hilfe dieser Organisation gelang es, alljährlich ungeheure Mengen amerikanischer Petroleum in Deutschland abzugeben, die in besondern Seetankdampfern herbeigeschafft werden; die Transportkosten sind infolge der kolossalen Quantitäten, um die es sich hier handelt, so gering, daß keine mit kleineren Warenmengen operierende Konkurrenz dagegen auskommen kann. Die so vorbereitete Monopolstellung der Standard Oil Company wurde schließlich festgelegt durch die Interessengemeinschaft, die sie vor einiger Zeit mit der an den rumänischen Petroleumgruben beteiligten deutschen Bankgruppe schloß. Wie sehr sich der Trust als Herr der Situation fühlt, zeigen die von ihm seinen Kunden auferlegten Lieferungsbedingungen, die sie verpflichten, ihren gesamten Bedarf von der Gesellschaft zu beziehen, und die für jede Ueberletzung dieser Verpflichtung außerordentlich hohe Konventionalstrafe zu zahlen. Diese gewiß nicht erfreulichen Zustände schieben die deutschen Petroleumkapitalisten in den Vordergrund, um den Plan eines Reichsmonopols für Petroleum recht anziehend zu machen und die Uebernahme ihrer Betriebe durch den Staat als ein „nationales“ Rettungswort von ausländischer Ausbeutung erscheinen zu lassen, bei dem man den deutschen Kapitalisten schon einen ordentlichen Abfindungspreis zahlen kann.

Aber die deutschen Kapitalisten sollten doch niemanden glauben machen wollen, daß sie um ein Haar besser wären, als ihre amerikanischen Kollegen! Eben jetzt geht aus der deutschen Mineralölbranche die Mitteilung zu einem großangelegten Gaunerstückchen durch die Presse, das den nachschaffenden Rockefeller gar nichts an Raffinesse nachgibt. Danach hat das Kartell der deutschen Oelfabrikanten ebenfalls ganz ruhig mit dem „Ausland“, nämlich mit der sogenannten „russischen Gruppe“, an deren Spitze die Mineralölwerke Albrecht u. Co. A.-G. in Hamburg stehen, einen Vertrag abgeschlossen, bez. die Substitutionslieferungen an Eisenbahnwagen

Die christlichen Gewerkschaften als Schutztruppe der politischen Reaktion!

III.

„Um dem gewaltigen Absinken der katholischen Arbeiter zur sozialdemokratischen Partei erfolgreich ein Halt zu bieten, müssen die katholischen Vereine die Agitation auf gewerkschaftlichem Gebiete energischer betreiben.“ (Beschluß des Delegiertenkongresses der kath. Arbeitervereine der Diözese Paderborn vom 21. Oktober.)

Die enge Verbindung der gewerkschaftlichen Bestrebungen mit den sozialdemokratischen hat hauptsächlich in dem Betreben ihren Grund, die Arbeiter der wirtschaftlichen, namentlich sozialistischen Parteien zu bewahren. Als nun das Verlangen der christlichen Arbeiter nach gewerkschaftlicher Organisation ein lebhaftes und allgemeines wurde, konnten die im engen Rahmen einer beschränkten Mitgliedszahl sich bewegenden Hauptabteilungen (der katholischen Arbeitervereine) ihnen nicht mehr genügen. Man wandte sich zunächst den Gedanken, ob nicht ein Ansehler der katholischen Arbeiter an die bereits bestehenden Gewerkschaften, auch die der Sozialdemokratie, angehe. In der Tat wäre dies, rein theoretisch gesprochen, möglich gewesen. Selbst die sogenannten sozialistischen Gewerkschaften liegen hinsichtlich ihrer Mitglieder hinsichtlich ihrer religiösen und parteipolitischen Anschauungen volle Freiheit. Freilich gehört die Mehrzahl der Mitglieder der Sozialdemokratie an. Es hand aber den katholischen Arbeitern nicht im Wege, daß sie auch mit Kameraden — gegenseitiger religiöser Ausprägung zur Durchföhrung von solchen Forderungen benutzt sich einigen, die mit den christlichen Grundgesetzen in keinerlei Widerspruch standen. In diesen Forderungen gebietet jedoch unter den jetzigen wirtschaftlichen Verhältnissen nachdrücklich jene, welche man als die Aufgaben einer gewerkschaftlichen Organisation bezeichnen — die Frage der Lohn- und Arbeitsbedingungen, die des Arbeitsvertrages!

Das sind — wie leicht ersichtlich — nicht etwa die Ausprägungen eines freien Gewerkschaftlers, der ganz Christen für seine Organisation lassen möchte, sondern wir sehen die Worte in einem Bunde über die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland, das Anfang 1906 von dem bekannten Generalsekretär des Verbandes der katholischen Arbeitervereine der Erzdiözese Köln, Dr. D. Müller, herausgegeben wurde. Mühsam und klar wird also von diesem unwiderstehlichen Zeugen anerkannt, daß die freien Gewerkschaften sich auf religiösem und politischem Gebiete möglicher Neutralität befähigen und so alle Kräfte, welche die Arbeitervereine gegen sich für die Erhaltung der Gewerkschaften der Sozialdemokratie im Auge haben, ungenutzt sind. Die christlichen Gewerkschaften müssen geschaffen werden, um als Schutztruppe der politischen Reaktion zu dienen, das geschieht am besten durch die Freiheit nach Herr Dr. Müller ein. Wahrscheinlich er auf Seite 23 dieses Buches die Neutralität der freien Gewerkschaften anerkennt, wiewohl er auf den Seiten 9 und 10 der christlichen Agitationspropaganda von der politischen Neutralität ihrer Gewerkschaftsgebilde den Voraus!

Die allgemeine Bewegung, die die Arbeiter ergriffen hatte, so heißt es dort, „zog die Aufmerksamkeit der Vertreter der katholischen Kirche (lies: Zentrum) auf sich und diese legten den Hauptwert der Tätigkeit in die Abwehr sozialistischer und liberaler Einwirkungen.“

Zur Abwehr sozialistischer und liberaler Einwirkungen sind die christlichen Gewerkschaften nicht nur gegründet, diesen Zwecken dienen sie noch heute! Schier endlos sind die Zeugnisse, mit denen wir diese Behauptung belegen können. Man soll uns nicht den Vorwurf machen können, daß wir die vielleicht mißverständlichen Äußerungen eines Mannes zu unsern Zwecken ausschälen, und wir wollen daher aus der „Ne des uns vorliegenden Materials noch einige Beispiele herausheben:

Herr Dr. Pieper, der Generaldirektor des Volksvereins für das katholische Deutschland, rief auf dem sozialen Kursus in Ravensburg im Mai 1906 — nachdem er zuvor erklärt hatte: „Wer den freien Gewerkschaften angehört, ist für uns (das Zentrum) verloren, und wen wir in den nächsten Jahren nicht für uns gewonnen haben, ist überhaupt verloren“, — die Geistesfreiheit auf den Plan, um zu zeigen vor dem Umsturz der Zentrumsherrschaft, was noch zu retten ist.

„Doch lieber“, so ruft Pieper, „die Gefahr, daß die an einem Orte eifrig agitierenden Sozialdemokraten auch die katholischen Arbeiter unter ihren Einfluß bringen, so ist in solchen Fällen der Geistliche als Seelsorger verpflichtet, auch durch eigenes Eingreifen die katholischen Arbeiter durch Zusammenfluß in einer christlichen Gewerkschaft vor der sozialdemokratischen Gefahr zu schützen.“

Damit degradiert Dr. Pieper sogar die Geistlichen zu kapitalistischen Ganzen, und die christlichen Gewerkschaften spielen die Rollen der Mannen, die vom Vor dem Einfluß der Barbaren retten soll. Nur politische, nur Parteinteressen sind für Dr. Piepers Stellungnahme gegen die freien Gewerkschaften ausschlaggebend, denn er selbst stellt bei derselben Gelegenheit seinen Gegnern das ehrende Zeugnis aus: „Es wäre geradezu ein moralisches Wunder, wenn bei der vielseitigen, regen Tätigkeit der sozialdemokratischen Gewerkschaften diese sich nicht Ansehen und Achtung bei den Arbeitern verschaffen.“

Parteiliche Interessen waren es auch, die den bekannten Justizrat Dr. Bachem auf der Generalversammlung des Augustinervereins zur Pflege der katholischen Pressen im Sommer 1907 sagen ließen: „Für die Zentrumspartei ist meines Erachtens die höchste Zeit, es in der Förderung der berufsgenossenschaftlichen Organisation der Sozialdemokratie gleichzutun. Die Bewegung ist unaufhaltsam. Sie wird sich vollziehen mit uns oder ohne uns und gegen uns... Wir wollen und müssen dabei sein.“ Bachem charakterisiert dann das parteipolitische Interesse an den christlichen Gewerkschaften näher, indem er ausführt: „Wenn nicht ein weiteres geschieht, dann wird die politische Stellung der Zentrumspartei dadurch namentlich in den Städten sehr erschwert werden.“

„Herr, schätze uns vor unsern Freunden!“ mögen die Gewerkschaftskämpfer rufen, wenn sie so sehen und hören müssen, wie ihre Agitationsgegner von ihren eigenen Freunden und Kameraden widerlegt und Lügen gestreift werden. Zumal wenn diese Freunde in

ihrem Eifer so weit gehen, daß sie die christlichen Gewerkschaften nicht nur als Schutztruppe der politischen, sondern auch als die der wirtschaftlichen Reaktion anpreisen! Wenn am 25. Februar 1909 im preussischen Abgeordnetenhaus der Zentrumsgedonneter Fuchs sagte: „Wir müssen den Arbeitern eine ordnungsgemäße Vertretung geben, sonst treiben wir sie in die sozialdemokratischen Organisationen“, so mag man dies noch zur ersten Kategorie rechnen, obwohl das Willen des preussischen Abgeordnetenhauses diesen Worten ein eigenes Gepräge verleiht, aber bei der gleichen Gelegenheit war es das christlich-gemüthliche Paraderfer für Sozialpolitik, Herr Abg. Gize, der sich noch deutlicher aussprach: „Der ...-verein der christlichen Vergleite ist eine Arbeiterorganisation gegen die Sozialdemokratie, nicht gegen die Unternehmer. Seine Intentionen stehen in Verbindung mit denen der Arbeitgeber.“

Und mit diesen Auslassungen vergleicht man nun die Stellungnahme der Zentrumsdemagogen zu den in neuer Zeit mit vermehrter Energie einsetzenden Organisationsbestrebungen der Arbeiter und der Dienstboten. Sie denen sich vollaus. Auch hier ist des Zentrums Furcht vor der Sozialdemokratie das treibende Motiv für die christlichen Gründungen! Das hat Abg. Trimborn in Köln während einer Verammlung zur Gründung einer Dienstbotenorganisation ausgesprochen und Abg. Dr. Heim sagte ihm auf der 4. geschlossenen Verammlung des Würzburger Katholikentages nach. Aber Dr. Heims Wähler sind zum Teil Bauern, und die Bauernschädel konnten nicht so leicht einleihen, weshalb ihnen eine christliche Organisation der Landarbeiter und Dienstboten selbst von Nutzen sei. Und so erklärte denn im „Neuen Münchner Tageblatt“ Herr Dr. Heim als Antwort auf die gegen ihn gerichteten Angriffe, daß er demnach eine Schrift veröffentlichen und nachweisen werde, daß es der größte Fehler wäre, der je gemacht worden ist, ein Festler, an dem der Bauernstand in Zukunft zugrunde gehen würde, wenn die Dienstboten nicht organisiert werden. Dann fährt er wörtlich fort: „Wenn die Organisation nicht gemacht wird, so kommt der Tag, wo der Bauer die Hände über dem Kopf zusammen schlägt über diese Unterlassungsünde. Ich werde nachweisen, daß einzig und allein durch eine richtige Organisation der Dienstboten auf christlicher Grundlage es möglich ist, die vielen Klagen über die Dienstboten aus der Welt zu schaffen!“

Also eine Organisation von Arbeitern zur Interessenvertretung der Arbeitgeber! Darauf laufen die neuesten christlichen Gründungen hinaus, und christliche Gewerkschaftsführer sind mit diesen reaktionären Plänen der Zentrumspartei vollaus einverstanden, erklären doch auch sie sich gegen das Streikrecht der Landarbeiter! Kein Wunder, daß die Zentrumspartei sich anmaßt, den christlichen Gewerkschaften einfließen den Text zu lesen, falls sie nach ihrer Meinung einmal über die Schür haben. So rüffel die „St. Johann-Saarbrücker Volkszeitung“ den „christlichen Nationalismus“ und die „maholhe Sprache“ der Gewerkschaftskristen und verlangt, daß dagegen Front gemacht werde. „Wir richten endlich unsere Bitten an den Vorstand unserer Zentrumspartei und an alle, denen das Wohl des Zentrums... am Herzen liegt.“

So ständen die christlichen Gewerkschaften gar unter dem Ratel der Zentrumspartei!

Bisher haben die Gewerkschaftskristen diese gefährlichen Fremde nicht mit der wünschenswerten Deutlichkeit abgegrenzt. Sie haben geschwiegen, und; wer ich weiß, für nicht zu!

für die deutschen Eisenbahnen. Demnach verspricht sich die „nützliche Gruppe“ unter Führung des Mineralölwerks Albrecht u. Co. A. G. für den bevorstehenden Submissionslauf der deutschen Eisenbahnen für den Zeitraum von 1907 bis zum 1. Oktober 1908 auszuweisen werden. Dieser Offerte für Mineralölprodukte bilden aber mehrere abzugeben, noch Mineralöl, die zur Sicherung für diese Submissionen aber zur Unterfertigung für diese Submissionen bestimmten Oelen dienen sollten, diese aber nicht zu liefern. Es handelt sich darum, die Konkurrenz der Firma Albrecht u. Co. A. G. und ihres Anhängers von den Submissionen für die deutschen Eisenbahnen auszuschließen. Der Zweck dieses Ausschusses der Konkurrenz ist natürlich der, den deutschen Eisenbahnenverwaltungen höhere Preise für Waggonöl abzulassen. Die Firma Mineralölwerke Albrecht u. Co. A. G. in Hamburg (Hr. Geschäftsführer, Dr. Max Albrecht, ist Mitglied der vorigen Bürgererschaft) berichtet selbstverständlich nicht ohne Antriebskraft auf die Beteiligung an den Submissionen. Das Kartell der deutschen Eisenbahnen, mit seinem Sitz in Köln a. Rh., hat sich ebenfalls verpflichtet, der „nützlichen Gruppe“ dafür, daß diese dem Kartell den Rest bei den Eisenbahn-Submissionen allein überläßt, ein Viertel des erzielten Verkaufspreises über 17,90 Mark pro 100 Kilo netto ohne Fracht nach Abzug bestimmter Unkosten als Anteil an der Besatz zu überlassen. In diesem Zweck wird die Firma Albrecht u. Co. eine spezialisierte Abrechnung geleistet. Eine Fortsetzung des Vertrages auf ein bzw. zwei Jahre ist vorgesehen. Der Normalspreis für 1907/08 ist mit 18 Mark pro 100 Kilo vorgesehen. Streifigkeiten anlässlich des Vertrages sollen nicht durch die ordentlichen Gerichte entschieden werden, denn da erstere ja die Öffentlichkeit etwas von dem geheimen Vertrag, sondern durch ein Schlichtergericht. Die Eisenbahnenverwaltungen sind diesem Kartell ein sehr großes Unbehagen. Die Eisenbahnenverwaltungen sind diesem Kartell ein sehr großes Unbehagen. Die Eisenbahnenverwaltungen sind diesem Kartell ein sehr großes Unbehagen.

Man kommt hinzu, daß es mit der deutschen Petroleumgewinnung immer noch stark hapert. Zwar hat die Kapitalvereinigung auch hier riesige Fortschritte gemacht. Aufmerksam Leser unseres Blattes werden sich erinnern, daß wir im Sommer vorigen Jahres darüber ausführlich berichteten. Damals gründete sich in Köln die Deutsche Mineral-Industrie-Allianzgesellschaft, von der bei dem eben besprochenen Submissionsmandat die Rede war, und sagte mit Hilfe zweier deutscher und holländischer Banken nicht weniger als vier der größten Erdölwerke mit zum Teil zurückgebliebenen technischen Einrichtungen im holländischen Veldzgebirge der Däneburger Heide auf. Die Internationale Bohrergesellschaft, bekannt durch ihre riesenhaften Terrainspekulationen, schloß sich an und man ging damals an eine gebräuchliche, einheitliche Organisation der Erdölgewinnung in der Däneburger Heide mit gemeinsamen Bohren- und Klavanlagen, Tanks und Kleinbahnen und Werksstätten. Auch hier zeigte alsbald eine riesige Preissteigerung ein. Im Jahre 1906 lieferte das deutsche Erdöl noch 6 Mk. pro 100 Kilo, nach der Kölner Verfassung der Werte stieg der Preis auf 8,50 bis 9,50 Mk., und dabei hat der neue Solltarif den Zoll auf Petroleum um die Hälfte heruntersetzt! Nach den Verfassungen der Unternehmer sollte es von jener Zeit ab ganz gewaltig mit der deutschen Erdölgewinnung vorwärts gehen. Es scheint aber, daß dies nicht der Fall gewesen ist. Vermutlich hat auch die Verfassung aus den unzureichenden deutschen Oelquellen nicht mehr machen können, als die Natur hergibt, und schließlich wird den Herren Großkapitalisten nur das Kapital bange, das sie in die Deutsche Mineral-Industrie-Allianzgesellschaft hineingesteckt haben. Deshalb heften sie den Plan des Reichsmonopols für Petroleum aus und wollen zur Erde nunmehr dem Deutschen Reich einen Betrieb anhängen, der ihnen doch nicht den erhofften Gewinn gebracht hat. Auch der raffinierte Ausschlag der russischen Gruppe bei der oben besprochenen Eisenbahn-Submission läßt darauf schließen, daß man sich in der Kölner Zentrale nicht übermäßig konkurrenzfähig fühlt. Jedenfalls hat man in Berlin alle Ursache, bei der Vorbereitung mit den „Sachverständigen“ sehr vorsichtig zu sein.

Die Arbeiter der deutschen Delindustrialie aber würden bei einer Verstaatlichung wahrscheinlich vom Regen in die Traufe kommen. Sie schaffen jetzt schon unter erbärmlichen Verhältnissen, ähnlich wie die Zigarettenarbeiter. Aber sie können sich doch durch die freie Organisation allmählich in die Höhe arbeiten. Werden sie jedoch Staatsarbeiter, dann ist es mit ihrem Koalitionsrecht zu Ende, und Bezahlung und Behandlung erhalten den bekannten preußisch-militärischen Schnitt. Man mag also die Monopolpläne drehen, wie man will, sie verheizen nichts Gutes für die Masse des Volkes, weder für die Verbraucher, noch für die direkt beteiligten Arbeiter. Gemäß sind die Monopolpläne eine Art natürlicher Konsequenz aus der Kartellierung und Vertreibung der ganzen Petroleumindustrie. Aber sie können erst dann eine Quelle wirklicher Volkswohlfahrt werden, wenn sie ihres Charakters eines kapitalistischen Spekulationsgeschäfts entkleidet und von einer Volksvertretung kontrolliert werden, in welcher die kapitalistischen Interessen nicht mehr die Vertretermehrheit besitzen.

Neue Kapitalanlagen in der deutschen chemischen Industrie.

Im Dezember 1907 floß der deutschen chemischen Industrie folgendes neue Kapital zu. Neugegründet wurden eine Aktiengesellschaft mit 150 000 Mk. und 3 Gesellschaften mit beschränkter Haftung mit 1 365 000 Mk. Kapital. Erhöht wurde das „arbeitende“ Kapital bei einer Aktiengesellschaft um 500 000 Mk. und bei einer Gesellschaft um 5. h. um 30 000 Mk. Insgesamt erhöhte sich also das in der deutschen chemischen Industrie angelegte Kapital im letzten Monat des letzten Jahres um 2 045 000 Mk., gegen 4 984 000 Mk. im Dezember 1906. Es hat danach auch hier ein Nachlassen des Zustroms von Kapital stattgefunden.

Während der chemischen Industrie in ostelbischen Gebieten.

Unser Unternehmer helfen wacker, die agrarischen Zustände in Ostelbischen Industrie umzuwandeln. So berichtet die Aktien-Gesellschaft Chemische Fabrik, vormals Moritz Wilsch u. Co. in Posen, nach ihrem letzten bekannt gegebenen Geschäftsbericht 15 Prozent Dividende und erworb sich in Posen, um sich Konkurrenz zu sichern, ein Grundstück für 143 391 Mk. Ferner wurde ein an schiffbarem Wasser und an der Bahn gelegenes Terrain in Luban (Polen) gekauft, da die Gesellschaft damit umgeht, in einer Reihe von Jahren die Posener Fabrik, deren Grund und Boden durch die bauliche Entwicklung der Stadt sehr wertvoll geworden ist, zu verkaufen. Im laufenden Jahre wurde ein weiteres ansehnliches Gelände in Luban gekauft. In Danzig wurde eine neue Schwefelsäurefabrik errichtet. So wird allmählich das flache Land, das bisher ausschließlich unter der Krone der Agrarier stand, industrialisiert. Andererseits wurde in der letzten Generalversammlung der Union (Fabrik chemischer Produkte) zu Serritz sehr lebhaft darüber debattiert, ob man sich an weitläufigen Unternehmungen in Südrussland und Afrika beteiligen solle, wobei ein gewisser Gegensatz zwischen der Mehrheit der spekulationslustigen Aktionäre und den Vertretern des Fürsten Donnerwunder im Ausschusse herrschte, der als Agrarier und Großaktionär ein etwas langweiligeres Geschäftstempo eingeschlagen wissen wollte. Wenn die ausländischen Geschäfte aber gut gehen, wird auch Fürst Donnerwunder flott mitmachen, und so sieht denn die ostelbische Industrie jene bisher so patriarchalischen Gegenden auch schon in den Kreis des internationalen Kapitalismus.

Unternehmerorganisation in der Kohlenäureindustrie.

Aber die Errichtung der Kohlenäure-Werke Charlottenburg (Akt. Ges.) sowie über die gegenwärtige Lage der Kohlenäure-Industrie gehen der „Frankf. Ztg.“ von dem Leiter eines ersten Vertes Informationen zu, nach denen es die beiden ins Leben gerufenen Kohlenäure-Werke Charlottenburg Aktiengesellschaft verstanden haben, durch den jetzt verfall gewordenen Anlauf des seit einer von Jahren

mit demselben Geschäftszweige bestehenden Berliner Kohlenäurewerks Dr. H. H. einen Teil der Produktion zu beschließen und gleichzeitig über Produktion zu verfügen. Der Abzug der anderen Berliner Kohlenäure-Werke wird dadurch nicht unwesentlich beeinträchtigt werden. Unklarheit ist es den Werken, durch bewirtschaftliche Verbesserungen, die Preise zu erhöhen, was zwar in Ostdeutschland um eine Densität, in Westdeutschland, wo dieselben durch konkurrenzfähigen Absatz unter dem Aufschlagspreis gemindert waren, um einen größeren Umsatz. In Südbraunland, trotz der Kampf der Arbeiter bis gegen Ende des Jahres. Die Resultate der Kohlenäure-Unternehmen würden für das Jahr 1907 im Durchschnitt nicht ganz so traurig sein, wie in den vorhergehenden Jahren. Auch hier zeigen sich also die ersten Vorboten einer Kartellierung der Unternehmungen ziemlich deutlich. Nach und nach wird auch ein beständiges Vereinbarmachen eine feste Kartellierung für ganz Deutschland werden, die den höchstmöglichen Profit zu erzielen sucht. Möge die Arbeiterorganisation zur Erzielung höchstmöglicher Löhne Schritt damit halten!

Korrespondenzen.

Dresden. In der Zigarette von R b g e l - Briefen ist ein Streik aufgeführt, weil der Unternehmer von den Arbeitern forderte, sie sollten einen Meeres unterzeichnen, der den abgeschlossenen und bis 30. Juni geltenden Tarifvertrag aufhebt. Näherer Bericht folgt. Zugang ist ferngehalten.

Hartz i. B. Sonntag, den 12. Januar, fand im Saale des Genossen die unsre Jahres-Generalsammlung statt. Schon der gute Besuch war ein Beweis, daß der Organisationsgedanke nicht nur in die Weite, sondern auch in die Tiefe gebrungen ist. Aus dem Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden war zu entnehmen, daß in der Hartzstelle Hartz rüstig gearbeitet worden ist. Die Gründung wurde vor 4 Jahren unter den schwierigsten Verhältnissen vollzogen. Für die Opferwilligkeit und Ausdauer, die unsre Mitglieder unter Sache brachten, wurden sie zum Teil schon dadurch entschädigt, daß sie am Schlusse dieses Jahres auf 1000 organisierte Mitkämpfer in unsrer Hartzstelle zurückzuführen können. Im vergangenen Jahre fanden 21 Bewegungen statt, 8 Lohnbewegungen ohne Arbeitsniederlegung, wobei ein Lohnzuschlag von 7-20 Prozent erreicht wurde. In einem Betriebe mit einer gut organisierten Arbeiterschaft ist es uns gelungen, zwei Organisationsvereinigungen und Arbeitervereinigungen - Betriebsleiter und Vorarbeiter - das Handwerk zu legen. Ohne daß es zum Ausstand kam, wurden die beiden entlassen. In 9 Fällen, wo unsre Forderungen nicht bewilligt wurden, waren wir gezwungen, in den Ausstand zu treten. Die Dauer des Streiks war in einem Falle 2 Tage, in zwei Fällen 4 Tage, in 6 Fällen 9 Wochen. Erreicht wurde 10-20 Prozent Lohnzulage pro Arbeiter und Stunde; in einem Falle 15 Prozent Zuschlag für Ueberstunden, und in einem Fall 3 Stunden Arbeitszeitverkürzung pro Woche.

In 3 Fällen mußten wir in Abwehrstreiks eintreten. In einem Falle forderten die Kollegen Entlassung eines Vorarbeiters wegen fortgesetzter Entlassungen und Schikanierungen organisierter Arbeiter. Nach achtzigem Streik wurde der Vorarbeiter entlassen und die Arbeit wieder aufgenommen. In einem Falle wurden 8 Kollegen wegen Organisationsgebildigkeit entlassen. Eine Wiedereinstellung konnte, da sich Arbeitswillige fanden, nicht erreicht werden. Durch Arbeitsniederlegung wurde in einem andern Falle nach eintägigem Streik erreicht, daß ein gemäßigter Kollege wieder eingestellt wurde. Was Versammlungen und Sitzungen anbelangt, so wurden abgehalten: öffentliche 10, Mitgliederversammlungen 26, Fabrikversammlungen 61, Sitzungen 53, Unterhandlungen mit Unternehmern 23, Vorträge fanden statt 12.

Der Kassenbericht, der in Anbetracht der vielen Bewegungen ein sehr umfangreicher war, wurde zur Zuständigkeit der Mitglieder erledigt. Bei der Neuwahl gab es bei der Wahl der Revisoren eine Verschöbierung.

Mit dem Geldnis, für unsre Organisation unerwähnt weiter zu arbeiten, wurde die Versammlung geschlossen.

Hannover. Lohnbewegungen organisierter Arbeiter sind in der Regel sehr ernste Angelegenheiten; wir sind aber heute in der Lage, über eine solche mit recht humorvollstem Einschlag berichten zu können. Die Arbeiter der Gasanstalt Hannover, die fast vollständig unserm Bezirke angehören, hatten der Direktion eine Forderung unterbreitet. Der Generaldirektor in London, welchem nach Mitteilung des Herrn Direktors Körtling die Lohnforderung vorgelegen hat, verhielt sich ablehnend unter Hinweis darauf, daß im deutschen Reichstage „von kompetenter Seite“ die Forderung als eine übergehende bezeichnet worden sei.

Bevor aber noch die ablehnende Antwort eintraf, forderte Herr Direktor Körtling vom Arbeiterausschuß die Zusage, daß es auf keinen Fall, also auch nicht bei Ablehnung der Forderung, zum Streik kommen würde. Diese Zusage konnte selbstverständlich der Ausschuss nicht geben. Nun griff der Herr Direktor zur „Selbsthilfe“. Er ließ folgendes Zirkular drucken:

Hannover, den 16. November 1907.

An die Arbeiter der Gasanstalt!

Nachdem im letzten Jahre fortwährend bald diese, bald jene Löhne erhöht worden sind, sind Sie mit neuen Forderungen herantreten. Das wird unsrer Direktion in London sehr überraschend kommen und sehr unangenehm sein, zumal diese neue, sehr erhebliche Ausgabe mit der Erhöhung der Kohlenpreise zusammenfällt. Es ist deshalb sehr fraglich, ob die Herren ohne weiteres auf solche Forderungen eingehen, nachdem sie bis jetzt jeden Wunsch bereitwillig gewährt haben.

Da Sie mit Ihren neuen Wünschen zu einer Zeit kommen, wo wir am allermeisten auf die reue Pflückerfüllung unsrer Arbeiter rechnen müssen, und da Sie diese Wünsche wieder in der Form einer Forderung aussprechen, so lag die Vermutung nahe, daß Sie gewillt sind, die Erfüllung der Forderung zu erzwingen.

Ich habe deshalb vom Arbeiterausschuß das Versprechen verlangt, daß die Angelegenheit durch gütliche Verhandlungen erledigt werden soll und daß auf keinen Fall eine Arbeitsniederlegung erfolgen wird.

Dieses Versprechen glaubt der Ausschuss nicht geben zu können.

Ich wende mich deshalb an die einzelnen Arbeiter mit dem Hinweise, daß ein Streik der Gasarbeiter die Wohlhabenheit und Sicherheit der ganzen Stadt gefährdet und daß deshalb die Militärbehörden angewiesen sind, Hilfe zu leisten, daß die Arbeit nicht unterbrochen wird. Sobald dergleichen zu befürchten ist, lese ich mich mit Polizei, Magistral und dem kommandierenden General in Verbindung und sobald die Arbeiter die Anstalt verlassen, marschieren die nötigen Anzahl Soldaten ein und tut die Arbeit so lange, bis Ersatz für die Abgegebenen gefunden ist. Damit hat der Streik aufgehört, ein Mittel zu sein, mit dem man die Gasanstalt zwingen kann; er ist nur feindlichen Parteien unvernünftig viel: her Gasanstalt Geld und Ihnen die gute geschätzte Stellung fürs Leben mit der Gewissheit, stets den höchsten Lohn, der in Hannover überhaupt gezahlt wird, zu erhalten und schließlich pensioniert zu werden.

Alles das geben Sie völlig auf, denn Sie können sich fast darauf verlassen, daß ich nie wieder mit jemand zusammenarbeite, der versucht hat, die Stadt Hannover ins Dunkel zu setzen.

Ich habe der Arbeiterausschuß ersucht, eine Betriebsversammlung zu berufen, um darüber Bescheid zu lassen, ob im Falle der Ablehnung Ihrer Forderungen gestreift werden soll.

Direktion der Gasanstalt.
L. Körtling.

Auf die Kritik dieses eigenartigen Schriftstückes können wir uns sowohl verzichten, als schließlich von einer Verteilung Abstand genommen, der Inhalt vielmehr den Arbeitern vom Herrn Direktor persönlich vorgelesen wurde. Nachdem die „vorausgesetzte“ Ablehnung aus London eingetroffen war, legte Herr L. dem Arbeiterausschuß die Frage vor, ob denn nun jetzt gestreift würde, Selbstverständlich konnte der Ausschuss hierauf nicht antworten, da er noch keinerlei Rücksprache mit den Arbeitern genommen hatte. Jetzt griff

Herr Körtling zu einem ebenso einfachen wie köstlichem Idealmittel, um die Meinung der Arbeiter zu erfahren. Er ließ rote und weiße Karten anfertigen, zwei Linen aufstellen und - über den Streik abstimmen. Die Arbeiter hatten aber weder für die eigenartige „geheime“ Wahl - mit roten und weißen Karten - Verständnis, noch wußten sie die Selbstlosigkeit des Herrn Direktors, der gewissermaßen den Streik in eigenen Betriebe organisieren wollte, gebührend zu würdigen. Als nun gar die Frage eines Arbeiters, ob, wenn der Streik beschloffen würde, die Direktion auch die Streikunterstützung zahle, vorgebracht wurde, nahmen die Arbeiter ihre Stimmlinien und - gingen an ihre Arbeit.

Jetzt wurde zum Streik gerufen, das heißt, nicht von den Arbeitern, sondern von der Direktion. Es sollen 2000 Zirkulare an Gasverbraucher verhandelt worden sein, worin auf den Ausbruch des Streiks aufmerksam gemacht wurde, 10 000 Krügen waren bestellt, um der Stadt in den Straßen „ein Licht aufzusetzen“. Mit der Militärbehörde waren die nötigen Anweisungen getroffen und 170 Arbeitswillige angeworben, die aus Eifen herangeführt wurden. Herr Körtling wartete am Sonnabend nach der erfolglosen Abstimmung über den Streik, daß die Arbeiter den Betrieb verließen, aber vergebens. Die Arbeiter blieben, nachdem sie sich mit ihrer Organisationsleitung verständigt hatten, ruhig an ihrer Arbeit.

Für Herrn Körtling wurde nun die Sache unangenehm. Denn da er mit Sicherheit die Arbeitsniederlegung an dem betreffenden Sonnabend erwartete, so hatte er die 170 Arbeitswilligen für den Tag nach hier bestellt. Diese trafen auch hier ein. Jetzt war guter Rat teuer. Die Arbeiter im Vertriebe, am Bahnhof 170 Arbeitswillige! Was nun? Schnell entschlossen Herr Körtling zum Bahnhof, ließ die Leuten mit „Brot und Bier bedienen, zahlte jedem 15 Mark Entschädigung, das Reisedeck hierher und zurück nach Eifen mit 10 Mark und sorgte dafür, daß die „nützlichen Elemente“ mit dem nächsten Zuge wieder abreisten. Mit den gemachten pekuniären Aufwendungen hätte die minimale Lohnforderung erledigt werden können und Herr Körtling hätte sich die Aufregung erspart. Eine nachträglich stattgefundene Verhandlung zwischen Herrn Körtling und der Leitung unsres Verbandes führte denn auch zu einer Verständigung dahin, daß Herr Körtling versagte, dafür einzutreten zu wollen, daß sämtlichen Arbeitern in der Gasanstalt in irgend einer Form eine einmalige Zuwendung gemacht wird, nachdem bereits den Feuerleuten für die Weihnachtswoche ein doppelter Lohn ausgelagt und die von dieser Arbeiterkategorie gestellte Forderung auf Gewährung eines Urlaubs alljährlich, unter Fortzahlung des Wochenlohnes, bewilligt war. Dieses Vorhaben ist bis heute allerdings erst teilweise eingelebt, wir hoffen aber, daß der Herr Direktor sein Wort halten wird. Aber die Abstimmung über Streiks zu regeln, wird er hoffentlich in Zukunft uns überlassen.

Heilbronn. Seit einiger Zeit sind die christlichen Gewerkschaften eifrig bemüht, hier und in der Umgebung ihren Besitzungsbestrebungen Erfolg zu verschaffen. Namentlich der christliche Hilfs- und Transportarbeiterverband „organisiert“ wahllos und planlos alles durcheinander. Mit einem Flugblatt aus der Münchener Gladbacher Hegelei wurde die Arbeiter zu den Versammlungen eingeladen, in denen in sehr unchristlicher Weise über die freien Gewerkschaften losgezogen wurde. In einer Versammlung in Kockenborn hatte sich nun auch unser Kollege Wolbold-Heilbronn eingeladen, an den christlichen Bundesleuten eventuell entgegenzutreten zu können. Raum aber hatten die tapferen Christen unseren Kollegen erkannt, als es auch schon hieß: Bier austrinken und Lokal verlassen! Er sei Vorsitzender des sozialdemokratischen Fabrikarbeiterverbandes und habe hier nichts zu schaffen. Der Vorsitzende der Versammlung bewies seine gut christliche Bildung und Aufrichtigkeit noch ganz speziell, indem er meinte: Wir lassen uns von euch sozialdemokratischen Schwämmern nichts vorhinwinkeln. (Der gute Mann verkennt die Situation, die „sozialdemokratischen“ Gewerkschaftler verschmähen es ein für allemal, den christlichen Schwämmern nachzugeben.) Unsere Kollegen gaben nach diesem Beweis christlicher Tapferkeit die Erklärung ab, daß in vierzehn Tagen eine Versammlung unsres Verbandes stattfinden würde, die auf die Freigabe der Arbeitererklärungen entsprechend antworten würde. Diese Versammlung fand nun am 12. Januar statt und war gut besucht. Kollege Wolbold beleuchtete die Freigabe und Vertreterschaft der christlichen Gewerkschaften, wies auf ihre Unfähigkeit, wesentliche Verbesserungen für die Arbeiter zu erringen, hin und forderte die Arbeiter auf, sich den freien Gewerkschaften anzuschließen. In der Debatte wurde auch den Segnern Redezeit gegeben. Einer der Christlichen meinte, die sozialdemokratischen Gewerkschaften seien schon so alt, hätten aber noch nichts erreicht, deshalb wären die christlichen gegründet worden. (So plump sollten die frommen Herren doch nicht schwindeln, denn das kann doch nur Feilscher ausüben. D. R.) Ein anderer behauptete die Christlichen nichts zu wissen. Der Vorsitzende der christlichen Organisation gab schließlich die Erklärung ab, daß er zum 26. Januar eine Versammlung der Christlichen einberufen werde, in welcher die Führer den Auschuldigungen, die B. erhoben, entgegenzutreten sollen. Gelänge es ihnen nicht, sich von den erhobenen Vorwürfen zu reinigen, so könne von seinem Verbleiben bei den Christlichen nicht mehr die Rede sein. - Wir sind mit dem Ausgange der Versammlung zufrieden und sehen der Auseinandersetzung mit Ruhe entgegen. Sie wird den Beweis erbringen, daß nur die freien Gewerkschaften Arbeiterinteressen wirkungsvoll vertreten.

Kassel. Laut Verbandsbeschluss hatte der Hauptvorstand mit Zustimmung der Kasseler Zählstelle einen Kollegen für den südlichen Teil der Provinz Hannover und den nördlichen Teil der Provinz Hessen-Nassau ange stellt, welcher seinen Sitz in Kassel hat. Die Tätigkeit desselben sei in kurzen Zügen wiedergegeben. Die Zählstelle Kassel selbst stand auf schwachen Füßen. Mit der Erhöhung des Beitrags von 30 auf 45 Pf. (Vollbeitrag dabei) kehrten die Zigarettenarbeiter dem Verband den Rücken. Alle Versuche, dieselben, 1200 an der Zahl, wiederzugewinnen, blieben erfolglos. In den Orten Simershausen, Zingshausen, Niederwallmar, Garkeshausen, Guntershausen, Grifte, Eilenberg, Völkrode, Altmorichen, Oberlaufungen, Niederzwehren, Haffelbach und Käßen fanden Versprechungen und Hausagitation statt, aber der heftige Zigarettenarbeiter braucht Zeit, um seine Klagenlage zu erkennen. Dazu kommt, daß in diesem Jahre wegen der Bauarbeiten verschiedene Hunderte von Zigarettenarbeitern sich anderweitig Beschäftigung suchen mußten. Deshalb wurde besonders Augenmerk auf die andern uns zuziehenden Betriebe gelenkt. Aber auch hier konnte nur wenig erzielt werden. Gewöhnlich arbeiten in diesen Betrieben viele ländliche Arbeiter, welche für geringen Lohn arbeiten. Diese reden sich dann damit heraus, daß der Verbandsbeitrag zu hoch sei. Von den Arbeitern der Kalkofabrik, der Seifenfabrik, chemischen Fabriken und Papierfabriken, welche zusammen rund 700 Arbeiter beschäftigen, sind 260 gewonnen. Trotzdem konnte die Zählstelle Kassel bloß ihren Satz von 300 Mitgliedern festhalten, da die Zigarettenarbeiter in gleicher Zahl ihren Austritt erklärten.

In Gienach gelang es, eine Zählstelle zu gründen. Für Erfahrungen hatte Kollege Greif zwei Agitationsstunden unternommen. In der Zudierfabrik Wabern sowie in der Tapetenfabrik in Karburg blieben unsre Organisationsversuche erfolglos. Der Verband wird hier als „sozialdemokratisch“ erklärt, was gleichbedeutend ist mit dem Verlust der Religion. Um alle diese Vereinigungen zu verstehen und verstehen Auslegungen zu befehlen, wird noch eine Zeit vergehen. Auch der Reichsverband tut seine Schuldigkeit. Verzeigungen und Verdächtigungen werden gegen die Führer der Gewerkschaften geschleudert und finden hier Boden. Die Agitation ist schwierig, doch wird auch hier mit der Zeit Licht werden.

Wellinghausen. In unsrer Generalversammlung vom 11. Januar wurde beschloffen, eine genaue Zählung sämtlicher Arbeitslosen an Orte vorzunehmen und das Resultat der Ständvertretung anzufertigen. Weiter wurde eine Zählung des Sauleitens besprochen, in welcher derselbe keine Mitwirkung an einer Agitation in Wepphagens Seifenfabrik ablehnt und mitteilt, daß für diesen Betrieb der Verband des Lederarbeiters zuständig ist.

Leipzig. Die Einzelmitgliederversammlung Leipzig hielt am 10. Januar im Volkshaus ihre Generalversammlung ab. Die Tages

der Verwaltung im Jahre 1907 berichtet der Vertrauensmann Kollege Schumann. Er fährte aus, daß die Tätigkeit der Verwaltung im Jahre 1907 eine äußerst rege war. Die Verwaltung erledigte die Verbandsgeschäfte in 55 Sitzungen, außerdem beteiligten sich Verwaltungsmitglieder an 40 Betriebsversammlungen. Vertrauensmänner sowie Hilfsarbeiterleistungen fanden je eine statt. (Eine im ganzen Jahr? Die Red.) Weiter fanden 3 Sitzungen mit dem Agitationskomitee statt, die sich mit der Regelung von Grenzzeitigkeiten befaßten. Im weiteren fanden statt: 1 General-, 4 ordentliche und eine außerordentliche Mitgliederversammlung. An besondern Veranstaltungen sind zu verzeichnen: die Wahl zum Internationalen Kongreß, sowie die Konferenz der Kapeten-, Wachs- und Zinnolembrüder im Volkshaus zu Leipzig, in der die Abtrennung dieser Berufsgruppe von unserm Verbande beschlossen wurde. (Selbstverständlich hatten wir auf diesen Beschluß, D. Red.) An sonstigen Veranstaltungen sind zu verzeichnen: die Besichtigung des Zoologischen Museums, zwei Lichtbildervorträge des Instituts Kosmos, ein Sommer- und ein Herbstfest, sowie für die Kollegen des Brandtler Bezirks ein Winterfest, ein Ausflug nach Schönbühl, sowie ein Nachausflug nach Connewitz. Die Korrespondenz verzeichnet an Eingängen 318 Briefe und 359 Karten, an Ausgängen 616 Briefe und 227 Karten. Unterstützungsgeld wurden von der Verwaltung 12 berücksichtigt. Maßregelungen wurden in 12 Fällen anerkannt und dementsprechend die Unterstützung beim Vorstand beantragt. Rechtschuh wurde in 4, Umzugsgeld in 11 und Sterbegeld in 9 Fällen gewährt. Den Kassenericht erstattete Kollege Wobenslein. Die Einnahmen und Ausgaben der Hauptkasse balancieren mit 49 211,10 Mk. Die Vorkasse weist an Einnahme und Ausgabe den Betrag von 25 397,30 Mark auf. Der Kassenschein der Vorkasse beträgt 5525,33 Mark. In Neueintritten waren im Berichtsjahre 1520 zu verzeichnen. Der Mitgliederbestand verzeichnet am 1. Januar 1908 2450 männliche und 560 weibliche Mitglieder. Auf Antrag der Revisoren ward dem Kassierer einstimmig Decharge erteilt. Folgende Anträge erhielten die Zustimmung der Mitglieder und traten mit dem 1. Januar in Kraft: Das Montogeld des Kassierers wird von 20 auf 50 Mk. jährlich erhöht. Die außerordentliche Unterstützung der Mitglieder in Notfällen wird von 10 auf 15 Mk. erhöht.

Bei der hierauf vorgenommenen Wahl der Verwaltung wurden die Kollegen Schmidt, Scharf, Schumann und Rausche als Revisoren gewählt. Das Agitationskomitee besteht aus den Kollegen Schumann, Rohne, Däniger, Helm und der Kollege Schimrich. Wegen der vorgerückten Zeit konnte der Bericht des Agitationsleiters über die Lohnbewegungen des verflorenen Jahres nicht mehr erstattet werden, er soll in einer späteren Versammlung eingegesehen werden. Mit einem Hinweis auf die am 18. und 25. Januar stattgefundenen Familienabende wurde die gut besuchte Versammlung geschlossen.

*** Mannheim.** Der Verein deutscher Oelfabriken (neuer Betrieb) hat kürzlich 20 Arbeiter entlassen, ebenso erzielte bei der Sankt-Georgenfabrik 10 männliche und 10 weibliche Arbeiter ihre Kündigung zugesagt. Letztere zählt bekanntlich zu denjenigen Firmen, die aus der Sankt-Georgen-Gesellschaft ausgegliedert sind. Durch dieses Vorgehen mußte die Produktion bedeutend eingeschränkt und das Arbeitspersonal reduziert werden. Nach Ansicht des Syndikats dieses Jahres die Entlassungen in der neuen Oelfabrik etwas gekürzt aus. Von einer Einschränkung der Produktion kann keine Rede sein, müssen doch noch gegenwärtig Liefermengen bearbeitet werden. Einen verhältnismäßig großen Teil Squid an den Entlassungen tragen einzelne Arbeiter, die durch übermäßige Anstrengungen während der Arbeit sich die Gesundheit ihrer Angehörigen erziehen wollten. Die Folgen dieses arbeitssüchtigen Treibens haben sich nun eingestellt, aber auch die Kündigungen sind mit die gemeinsten, müssen doch gegenwärtig drei Mann die Arbeit leisten, zu der früher vier Mann nötig waren. Auch unsern Vertrauensmann hat am 8. Januar das Schicksal erreicht. Von dem Portier Hägin wurde ihm bedeutet, daß er entlassen sei. Der Portier warnte sich nun von dem Kollegen befehlen lassen, daß er in laufender Woche in der Nachtour beschäftigt sei, weshalb ihm der Lohn für die Wirtswirtschaft noch zuzufügen, nach einigen Jögern fand sich die Firma bereit, den Betrag von 4 Mark an den Kollegen auszubehalten. Ob die Firma etwa glaubt, durch solche Radeckische die Organisation schaden zu können?

*** Stuttgart.** In der Spiritfabrik von Sinner hatten unsere Kollegen kurz vor Schluß des vorigen Jahres durch Verhandlungen eine Lohnaufbesserung, sowie Arbeitszeitverkürzung erzielt. Auch sollten in sanitärer und gesundheitlicher Beziehung Verbesserungen stattfinden. Aber Verprechen und Halben steht auf zwei verschiedenen Plänen im goldenen Buch des Unternehmers. Trotz der Lohnaufbesserung, durch welche das Einkommen der Kollegen um durchschnittlich 2,50 Mark pro Woche erhöht wurde, ist die Lage der Arbeiter durchaus nicht glänzend, da auch heute noch Wochenlöhne von 20 Mark bezahlt werden. Dem Kassierer Vorstedt scheinen die Arbeiter aber schon zu viel zu verdienen, denn er verlangt, daß das Einkommen, obwohl je Wochenlohn erhalten, die Feiertage vom Lohn getrennt wurden. Auch sonst sind die Kriterien dieses Herrn nicht weniger wie lebensunfähig, obwohl er alle Ursache hätte, etwas weniger selbstherrlich zu sein. Eine Betriebsversammlung beauftragte eine Kommission, bei der Direktion vorstellig zu werden, damit dem Herrn etwas bessere Umgangsformen gelehrt werden. In Betreff der auch noch verhängten andern Maßnahmen zu befehlen. Sonntags wird jetzt sehr häufig bis weit über 10 Uhr hinaus gearbeitet, bezahlt wird aber nur bis 10 Uhr. Die vorhandenen Abrechnungen sind äußerst primitiv. In dem Badebühl müssen gleichzeitig 5 bis 7 Mann in demselben Wasser baden. Gerade über diesen in das eiserne Heißwasser-Bassin angebracht, das sich in über 100 Grad, das vor einigen Tagen, um es nur einigermaßen dicht zu machen, eine ganze Anzahl Ruten erneuert werden mußten. Trotzdem dringt das heiße Wasser durch. Außerdem ist die Verbringung, daß der ganze Kessel herabstürzt und die badenden Arbeiter verbrüht, nicht unbegreiflich. Auch bei den Wasserzungen ist es wiederholt vorgekommen, daß sich Arbeiter beim Baden verbrüht haben, weil sie nicht abgeteilt werden konnten infolge Fehlens eines Schiebermechanismus. Nicht wenig erbaut sind die Arbeiter von der Zerschlagung der Wasserschläuche. Es sollen erhalten: Arbeiter nach 3 Jahren 10 Mk., nach 5 Jahren 20 Mk., nach 8 Jahren 30 Mk. und nach 10 Jahren 40 Mk. Die Arbeiter verlangen aber gerade auf solche „Geldchen“ und sehen es viel lieber, wenn sie ihre Leistung einen entsprechenden auskömmlichen Lohn erhalten.

Rundschau.

— Eine Terrorismlüge. Folgende schamlos-lüge Terrorismlüge macht die Hande durch die bürgerliche Presse:

„In die 3 Stufen“ — Sozialist des katholischen Geistes in Schwaben — kam ein Sozialdemokrat (Vorstand der Hilfsarbeiter) und hat den Herrn, er möchte den Sekretär Schwarz (Herrn Abgeordneten Georg Schwarz) heranziehen (aus dem oben Zitierten), er hätte mit ihm zu reden. Es wurde jedoch von Herrn beachtet, wie der rote Genosse unzufrieden das Wortwechsel zwischen dem Herrn einen Revolver lud und dies dem Herrn mitteilte. Inhaft Herrn Schwarz zu holen, aber der Herr zu helfen die auch alsbald erfuhr. Nach schwerem Kampfe gelang es der Polizei, den gefährlichen Revolver zu beschaffen — dabei wurden die Revolverpatronen nur so im Zimmer unter — und in Sicherheit zu bringen. Als er anderen Tages früh wieder freigesetzt wurde, drang er abermals mit einem geladenen Revolver in die Redaktion zu der „3 Stufen“ ein. Er wurde aber, ehe er irgend etwas konnte, von vier Schützlingen überwältigt und zum Hof gebracht.“

Zur Strafe der Polizei wollen wir den Verstorbenen dieser Handlung nicht mitteilen, daß 1. der „rote Genosse“ nicht, wie es lügend als der sozialdemokratische Partei angehört hat; 2. der „rote Genosse“ schon im Dezember des Vorjahres — also vor der geschändeten Zeit — aus unserm Verbande ausgeschieden wurde; 3. der Angeklagte nicht „Schwarz“, auch nicht Sonntagender unter Zählung war.

Obwohl wir gar keine Veranlassung haben, für den Angegriffenen eine Lanze einzulegen, wollen wir doch bemerken, daß nach uns zugegangenen Informationen die Sache wesentlich harmloser liegt. Es ist betrumen gewesen, hat mit der Kleinern skandalisiert und dann mit einem Schiefbügel herumgepielt. Ist nun der christliche Arbeiterleiter Schwarz so ängstlich, oder wollte er sich durch diese Schandergeschichte „interessant“ machen?

— Schade . . . Wir hatten in Nr. 2 des „Proletarier“ der christlichen „Gewerkschaftsstimme“ vorgeworfen, daß sie das Gegenteil der Wahrheit behauptet, Laffachen entstellte und Leuten Unleses nachredet. (Im sogenannten „Sauerbrotent“ — den wir uns nicht zu eigen machen — würde das ungefähr heißen, sie lägt, fälscht und verleumdert.) So nebenher behaupteten wir dann noch, die „Gewerkschaftsstimme“ schreie über Sachen, von denen sie — nichts verstände. Die Redaktion der „Gewerkschaftsstimme“ scheint nun der — aus psychologischen Gründen erklärlichen — Meinung zu sein, daß wir für die letzte Behauptung noch nicht genügend Beweismaterial besäßen und ist deshalb eifrig bemüht, uns solches zu schaffen. So enthält die Nr. 2 einen Artikel, der anscheinend eine Erwiderung auf unsere Beschuldigung sein soll, in Wirklichkeit ein müßler Haufen unverständlicher Phrasen ist. Wir greifen als Beispiel einige Sätze herauf:

„Der „Proletarier“ tut hier nichts weiter als auf eine zwiefache Richtung des Materialismus hinzuweisen, er stellt aber nicht fest, welche Art Materialismus der Sozialismus nun vertritt. Vertritt der Sozialismus den philosophischen oder historischen Materialismus?“

„Der „Proletarier“ verliert in seiner Erwiderung den Zweck, jeden Zusammenhang zwischen sozialer und liberaler Weltanschauung zu verneinen. Das dürfte ihm nicht gelingen.“

„Warum will der „Proletarier“ den Materialismus des Frauclain Hegmann (der bürgerlichen Frauenrechtlerin. Red. des „Pro.“) nicht gelten lassen? Die Antwort ist nicht schwer. Der „Proletarier“ sieht in unheimlichen Feststellungen sein materialistisch-sozialistisches Zukunftsbild zerrinnen.“

Frau Nachbarin, Euer Fläschchen . . . !

Rachgriff: Soeben wird uns von einem Männer Gewährsmann mitgeteilt, daß von dem Manuskript für den Artikel der „Gewerkschaftsstimme“ einige Blätter verloren gegangen sind, der Artikel mithin unvollständig ist. Zugleich werden uns einige dieser Blätter zugesandt, aus denen wir noch folgende „Fragen und Beweise“ herausgreifen:

1. Verfolgt die Sozialdemokratie nur die Vergesellschaftung des geistigen, oder auch des materiellen Eigentums? Wenn nämlich ersteres der Fall, will die Redaktion der „Gewerkschaftsstimme“ geschlossen zum Sozialismus einschwenken, weil sie bei dieser Verteilung sehr viel zu profitieren hofft.“
2. Unleugbar besteht eine nahe Verwandtschaft zwischen Konfessionen und sozialistischer Weltanschauung. Die Polen vorlage im preussischen Landtage hat klar bewiesen, daß die Konfessionen gewissen Enteignungsanträgen freudig zustimmen. Enteiern wollen aber auch die Sozialdemokraten, die Verwandtschaft ist somit gegeben.“
3. „Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Weltanschauung des deutschen Reichstanzlers v. Bülow mit der sozialistischen enge verwandt ist. Beweis: Räniglich weiß, daß Gräbchen-Bülow einen sogenannten Poposchkeit trägt, wodurch das Paar seines Kanzlerhauptes in zwei gleiche Hälften geteilt wird. Gleichheit ist aber auch das Ideal der Sozialdemokratie, also: verwandtschaftliche Weltanschauung.“
4. „Auch die katholische und die sozialistische Weltanschauung sind wesensternwand. In Kölner Reliquienlag befindet sich eine Flasche, in welcher ein Rest der biblischen ägyptischen Finsternis eingeperrt ist. Bekanntlich bekämpft auch die Sozialdemokratie die Finsternis, Einperrern und Bekämpfen ist aber im Grunde dasselbe; Katholizismus und Sozialismus sind also — — —“

Hier bricht das uns zugesandte Manuskript leider ab. Unser Gewährsmann schreibt aber, daß auch der Segerlehrling einige Blätter des wertvollen Manuskripts aufgehoben habe und damit an einen verbotenen Ort verschwinden sei. Eine Viertelstunde später habe man ihn, an Lachträumen leidend, dort gefunden, die Blätter waren aber leider durch gewisse unethische Manipulationen unleserlich geworden.

Schade, schade, schade . . . !

Verbandsnachrichten.

Vom 14. Januar ab gingen bei der Hauptkasse folgende Beiträge ein:

Wald 400,—	Raubach 219,56	Jagelheim 83,36	Braun- schweig 701,97
Brandenburg a. d. H. 580,38	Reinsfeld 463,97	Rürnberg 246,38	Eisenach 225,56
Fernitz 209,70	Wien 201,48	Landenberg 180,30	Hainbach 164,58
Garnha i. S. 116,29	Vieh 114,24	Neumünster 102,15	Striegau 178,32
Schweidnitz 73,94	Obernursel 73,22	Hohenweide 70,10	Uelzen 64,96
Germendorf 62,63	Neubrandenburg i. R. 39,60	Wittenfels 34,92	Fraun- stadt i. S. 21,98
Rehlin 17,—	Storow 8,32	Hasselbrod 2,—	Harburg 6,45
Swaan 352,95	Chemnitz 280,27	Schlutup 149,25	Strohlag 144,37
Schuriedeburg i. R. 89,44	Schiffers- feld 35,63	Cursdorf 22,08	Langendls 23,56
Gülfrow i. R. 23,—	Angsburg 10,—	Regensburg 2,55	Kaiserlautern 750,—
Adlershof 567,46	Dömitz 339,02	Stodelsdorf 260,62	Treuen- driesen 37,76
Bromberg 26,48	Knyz 23,60	Treptow a. T. 8,08	Gmund 422,90
Reichenbach 280,62	Barstedt 237,42	Erfurt 186,83	Plauen i. R. 60,—
Bad Reichenhall 23,23	Friedland i. R. 6,—	Ludwigshafen 1079,09	Altona 1622,48
Lütchen 479,35	Rühlberg 301,96	Edardschmanen 276,11	Pöhlitz 250,—
Deberan 170,88	Oberstedt 49,—	Schönheide 27,36	Worms 1,70
Pommernsdorf 587,34	Biblis 134,06	Schwabach 92,54	Hagnau 49,28
Bergedorf 1010,36	Glückstadt 346,48	Gmina 267,82	Osternied 179,24
Bausen 102,86	Nordhamen 67,98	Dinersbach 63,20	Vanhsim 23,40
Vernau 19,92	Arnstadt 9,70	Lützen —	Ulfes 594,95
Vielefeld 546,22	Hann.-Münden 434,42	Bodenwerder 273,34	Schwarzberg i. S. 207,96
Sevelsberg 44,02	Reinsberg 13,46	Mannheim 2,50	Heidenheim 271,75
Freiburg i. Br. 100,—	Rustau 93,70	Altenberg (S.-A.) 227,43	Langelsheim 563,22
Wolgast 515,44	Thale a. S. 500,—	Havelberg 191,97	Langenberg (Rauß) 148,57
Schönlake 50,42	Sömigsluter 42,62	Alzey 35,55	Erga 34,88
Engels 25,—			

Schlus: Montag, 20. Januar, mittags 12 Uhr.
Fr. Bruns, Kassierer.

Die Abrechnung für das 4. Quartal 1907 haben eingezahlt: Homburg v. d. Höhe, Wiesbach, Elm a. D., Strelitz, Jagelheim, Karlsruhe, Roswig i. A., Jechend, Strehla, Triebes, Brunsbüttel, Sagan, Döms, Westerland, Apenrade, Glanau, Heegermühle, Erfurt, Eubel, Jümenau, Bremen, Reinsfeld, Pöhlitz, Münschen, Dönsbrück II, Germendorf, Hamkade, Reinsfeld, Oberursel, Eisenach, Schifferbad, Neubrandenburg, Reinsfeld, Striegau, Hohenweide, Goslar, Jegenitz, Hüttenrode, Vitz, Göbnitz, Tilsit, Freiberg, Penzlin, Kapell, Garnha, Neumünster, Harburg, Langendls, Regensburg, Schlutup, Berthold, Cursdorf, Dürren, Grimma, Storfow, Treuenbriesen, Altenburg, Hersfeld, Stodelsdorf, Wittenberg, Auerbach, Adlershof, Treuen a. Tollenje, Alen, Solttau, Brauberg, Demold, Uelzen, Krefeld, Köpenitz, Ueterien, Heidsingfeld, Wöfen, Sommerfeld (R.-A.), Chemnitz, Bernstedt, Schönbach i. R., Reichenbach o. Lanher, Bad Reichenhall, Kiel, Altona, Wedel, Pommernsdorf, Rary, Kötz, Weizwiler, Kländach, Ewerzichen, Eggersheim, Biblis, Göpitz, Jena, Brandenburg, Landshut, Pausen, Hagnau, Ludwigshafen, Schweidnitz, Wöfen, Nordhamen, Gerstach, Dittersbach, Glückstadt, Gurin, Demar, Neu-Jenau, Bergedorf, Rühlberg, Reichenbach, Deberan, Friedland, Edardschmanen, Schönheide, Reinsberg, Kaiserlautern, Reinsfeld, Sevelsberg, Arnstadt, Vielefeld, Frankfurt i. P., Bernau, Altona, Schwabach, Dömitz, Bodenwerder, Wittenfels, Rosslau, Rustau.

Aufforderung.

Alle Zahlstellen, die einen gebrauchten oder sonst von vielfältigen Jahresberichten herausgegeben, werden dringend ersucht, der Redaktion des „Proletarier“ mindestens drei Exemplare desselben sofort zu übersenden.

Die Redaktionen.

Zusammensetzung zur Erhebung von Extrablättern:
Sokolat. 10 Pf. pro Mitglied und Monat.
Klein. 5 Pf. pro Mitglied und Woche.

Verlorene und für ungültig erklärte Bücher.

189 870. Wilh. Sange, eingetreteten 20. Juni 06 in
Besitz.
153 698. Alois Peltrum, geb. 11. Juli 1876 zu
Salzburg, übergetreten 2. 2. 07 in Reimpen.
47 135. Joseph Klose aus Ringerbrück, eingetreteten
15. 12. 01 in Ludwigschafen.
233 720. Karl Josef, eingetreteten 25. 8. 07 in Brud-
mühl, Zahlstelle Kolbermoor.
Das Mitgliedsbuch Nr. 271 884 hat das Mitglied Karl
B. e. d. wieder erlangt, ist also somit gültig.
Das Mitgliedsbuch Nr. 304 951 ist beim Vorzeigen abzu-
nehmen und dem Vorstand einzufenden. Der Inhaber des Buches
erhebt in den Zahlstellen Reklamation, obgleich dasselbe aus-
gesteuert ist.
Das Mitgliedsbuch 224 088, lautend auf Anton Ritter
aus Augsburg, eingetreteten am 23. 12. 06 in Mainz, ist einem
Fremden in einer Herberge zu Augsburg abgenommen. Kollege
Ritter kann 1. Buch nebst Subskribentenliste, Zeugnissen und Brief-
gegen Legitimation vom Verbandsbureau, Hannover, Münzstraße 5,
3. Et., einfordern.

Neue Adressen und Adressen-Änderungen.

Bad Reichenhall. Jakob Schwarz, Schützenstraße 4.
Bernau. Ernst Jahnke, Dohlestraße 28, Hof.
Demold. Wilh. Heft, Hohenloherstraße 17.
Erfurt. Otto Adler, Nordstraße 32, Dohle Reise-
unterstützung.
Essen a. Ruhr. Jakob Landschütz, Oberdorfstraße 53
3. Et.
Frankeuthal. Georg Kötner, Nürnbergstraße 50. —
Geschäftsführer: Robert Siegler, Speierstraße 12.
Friedland i. Mecklenb. Karl Kraatz, Schwanden-
straße 7.
Halbe, Kreis Teltow. Robert Großhaus.
Heegermühle. Otto Krug, Eberwälderstraße 19.
Heidingsfeld. Georg Rienecker, Unterweg 55, 1. Et.
Jümenau. Bruno Weiß, Alexanderstraße 37.
Köstrim. Jakob Sitter.
Kiel. August Horn, Brommstraße 6, 3. Et. — Ge-
schäftsführer: Friedr. Kunz, Bureau; Jährstr. 24, Zimmer 16.
Köln. Albert Meyer, Grünstraße 16.
Langendls. Franz Schertler, Nr. 208.
Leer. Ede Reehuis, Augusterstraße 36.
Oberthorau. Heint. Wolhamm, Konradstr. 268.
Pforzheim. August Haus, Holgartenerstraße 8, 2. Et. —
Reisegeheim bei Wilh. Gwiner, Lindenstraße 107.
Schwabach. Karl Seidner, Rönigstraße 11.
Stoll i. P. Wilh. Sange, Probststraße 16, Hof, 2. Et.
Swaan. Aug. Rambow, Gürtelstraße 600.
Strelitz. Franz Guhl, Predigerstraße 217.
Stuttgart. Karl Beug, Kannstatt, Kolonnenstraße. —
Geschäftsführer: Georg Kirken, Kannstatt, Badstraße 11.
Wittorf. Joh. Appel, Kempferherdich 50.
Worbis. Franz Möser, Jagobergstraße 27a.
Witz. Arno Sparckuh, Pönerstraße 31, 3. Et.

Briefkasten.

Holzweitzig. Bericht enthält nur lokale Angelegenheiten; Aufnahme deshalb abgelehnt.
Hensburg. Der Antrag ist angenommen, das gilt aber nur für erkrankte, nicht für arbeitslos gewordene Mitglieder. Raum mangels halber mußten mehrere Berichte zurück-
gestellt werden.

Inserate.

Die Zahlstelle Reuthen (Oberschl.) und Umgegend sucht einen

Geschäftsführer.

Bewerber müssen dem Verbands angehören, zur Agitation fähig und möglichst der polnischen Sprache mächtig sein. Sie haben eine Schlichtung ihres Lebenslaufes und ihrer bisherigen Tätigkeit schriftlich einzureichen. Eine selbständige schriftliche Arbeit über folgende Fragen ist mit einzufenden: 1. Wie ist die Agitation am erfolgreichsten zu betreiben? 2. Wie hat sich der Bezirke bei bevorstehenden und ausgebrochenen Arbeitseinstellungen und Aufst. wegen zu verhalten? 3. Wie nimmt man die Revision einer Zahlstelle an? Die Aufstellungsverhältnisse richten sich nach den Verbands-
tagsbeschlüssen. Bewerbungen sind bis zum 15. Februar 1908 mit der Aufschrift „Bewerbung“ an den Kollegen
Otto Hörsing, Reuthen (Oberschlesien), Stachowstraße 84, 8. Et.,
einzufenden. [2,55 A]

Zahlstelle Friedland i. R.

Mitglieder, die infolge Krankheit oder Arbeitslosigkeit erwerbslos werden, haben dies beim Kollegen **Karl Kratz** zu melden, die weitere Kontrolle erfolgt beim Kollegen **Holrich Götz** und die Auszahlung der Unterstützungen beim Kollegen **Ernst Rogge** Sonnabends von 7—8 Uhr.
1,05 A
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Gotha.

Die Erwerbslosen-Unterstützung wird für die Mitglieder an Ort jeden Freitag abend 6—7 Uhr beim 2. Bevollmächtigten, Kollegen **Berthold Heintz,** Eulienstr. 4, 8. Et., ausbezahlt; für die Mitglieder auf der Reise im „Volkshaus zum Möhren“ (Herberge), Mohrenstraße 1,05 A
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Hahn b. Pfungstadt.

Unser Mitglieder-Versammlungen finden jeden zweiten Sonntag im Monat statt.
Die Auszahlung der Unterstützung erfolgt am Sonnabends, abends von 7—8 Uhr.
1,05 A
Die Bevollmächtigten.

Zahlstelle Heidingsfeld.

Unser Mitglieder-Versammlungen finden jeden ersten Sonntag im Monat, nachmittags 3 Uhr, bei Witwe **Edor** im „Weihen 90 A“
Die Bevollmächtigten.

Achtung, Zahlstelle Neu-Jsenburg.

Das Verbandsverwaltungs- und Bureau befindet sich von heute ab beim Kollegen **Sohrman,** Waldstraße. Unterstützungs-Auszahlung, sowie Auskunft über Verbands- Angelegenheiten daselbst Sonnabends abends von 8½ bis 10 Uhr. Nachdem: **Geselliges Bolsamensin und Diskussion** aller in Beziehung zu den Kollegen stehenden Fragen und Besorgnisse. Das Reisegeheim kann zu jeder Tageszeit in Empfang genommen werden.
1,50 A
Die Ortsverwaltung.

Zahlstelle Schwarzenberg.

Sonntag, den 26. Januar 1908, nachmittags punkt 7½ Uhr, im Gasthof „Zum Anker“, Schwarzenberg:
Jahres-Versammlung.
Zagordnung: 1. Abrechnung, 2. Kartell-Angelegenheiten, 3. Postagitation, 4. Sonstige Verbands-Angelegenheiten.
Beschlüssiges Erscheinen ist notwendig.
1,65 A
Die Bevollmächtigten.